

Quelle: Grüne - WÄHL ALS GÄB'S EIN MORGEN“

<https://gruene.at/nrwprogramm24/>

(Seite 62: Auszüge aus Kapitel „4.1 SAUBERE POLITIK“)

SO SCHAUT'S AUS

Unsere Demokratie und unsere liberalen Grundwerte sind in Gefahr. (...) Eine funktionierende und lebendige Demokratie braucht Kontrolle, Transparenz und klare Regeln zur Verhinderung von Machtmissbrauch. Eine starke, unabhängige Justiz ist unerlässlich, um das Vertrauen in die Institutionen zu wahren und sie vor Korruption zu schützen. (...) Zusätzlich hat die ÖVP-Chataffäre gezeigt, wie wichtig unabhängige, qualitätsvolle Medien in Zeiten von Desinformation und Fake News sind. Verflechtungen von Politik und Medien dieser Art müssen ein Ende haben.

UNSERE VISION

(...)

Wir wollen eine gut informierte Gesellschaft, die sich auf die unabhängige und vielfältige Medienlandschaft verlassen kann. Doch für diese braucht es Qualitätsjournalismus und finanzielle Absicherung der öffentlich-rechtlichen Medien.

(...)

GLÄSERNE PARTEIKASSEN FÜR TRANSPARENTE INFORMATIONEN

(...)

Vorkommnisse, bei denen Inserate durch ausgelagerte Gesellschaften gekeilt und in Parteimedien geschaltet wurden, müssen verhindert werden. Zudem fordern wir ein Verbot von Parteimedien-Inseraten von Bund, Ländern oder Gemeinden, sowie strengere Strafen bei illegalen Parteienfinanzierungen.

(Seite 64: Kapitel „4.1.3 MEDIENPOLITIK“)

MEDIENFÖRDERUNG ANPASSEN FÜR QUALITÄT UND VIELFALT

Die Fördergesetze müssen zur Erreichung von Qualität, Vielfalt und Innovation überprüft, harmonisiert und ergänzt werden. Die demokratiepolitisch notwendigen Kriterien der Förderung sollen klar definiert und gestärkt werden. Wir sehen zudem ein Verbot sexistischer Werbung als Bedingung für die Medienförderung.

MEDIENKOOPERATIONEN BEGRENZEN

Unsere Position ist klar: Wir wollen eine betragliche Begrenzung von Medienkooperationen, die von öffentlicher Hand finanziert werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns das strikte Verbot von Inseraten in Parteizeitungen.

SCHUTZ VON JOURNALIST:INNEN

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Journalist:innen weltweit mehr Schutz vor Repressionen brauchen. Wir plädieren daher für die Umsetzung der Empfehlungen

der Europäischen Kommission. Das bedeutet eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden, Journalist:innen und ihren Verbänden. Zentrale Elemente sind der Schutz vor Online-Überwachung, die Bereitstellung von Rechtsberatung und psychologischer Betreuung sowie die Einrichtung einer Vertrauensstelle in Bedrohungsfällen. Auch der gesicherte Zugang zu Informationen und Arbeitsmöglichkeiten ist wichtig. Schulungen für Exekutive und Judikative im Umgang mit Journalist:innen sind in den Empfehlungen der Europäischen Kommission vorgesehen – insbesondere bei Demonstrationen sowie in Bezug auf Datensicherheit und das Redaktionsgeheimnis.

ORF GREMIENREFORM

Ein starker, unabhängiger ORF ist unverzichtbar für eine gut informierte Gesellschaft und lebendige Demokratie, gerade in Zeiten, in denen bewusst Desinformation gestreut wird. Mit dem neuen ORF-Beitrag und der Digitalnovelle haben wir den ORF gestärkt und abgesichert. Als nächstes muss eine Gremienreform folgen. Die bisherigen Bestimmungen wurden vom Verfassungsgerichtshof bereits als verfassungswidrig eingestuft und aufgehoben. Unser Ziel für diese Reform ist, die öffentliche Akzeptanz und das Vertrauen in die Unabhängigkeit des ORF langfristig zu stärken.

(Seite 67: Auszüge aus Kapitel „4.2.3 HASS IM NETZ – ALGORITHMEN ALS GEFAHR FÜR DEMOKRATIE“)

DESINFORMATION UND MEINUNGSMANIPULATION BEKÄMPFEN

Desinformation verursacht großen Schaden im öffentlichen Diskurs und bedroht ganze Demokratien. Meinungsmanipulation durch täuschend echte Falschinformationen ist weit verbreitet. Insbesondere auf sozialen Medien, die Nutzer:innen mit kontroversen Inhalten binden, um ihre werbefinanzierten Angebote zu fördern. Desinformation wird aber auch von ausländischen, autokratischen Staaten gezielt für die Destabilisierung unserer Gesellschaft und Wahlmanipulationen eingesetzt. Im Kampf gegen gezielte Desinformation fordern wir stärkere Instrumente. Die EU sollte die im Digital Services Act vorgesehenen Maßnahmen gegenüber TikTok, Meta, Youtube, X und Co. vollständig nutzen und manipulative Algorithmen bekämpfen. Die Bemühungen müssen deutlich intensiviert werden, insbesondere angesichts der beträchtlichen Investitionen russischer Staatspropaganda in Trollfabriken. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie Einfluss auf Wahlen nehmen und demokratische Systeme untergraben.

(Seite 83: Auszüge aus Kapitel „4.8.3 KULTURELLE VIELFALT UND VOLKSGRUPPEN“)

BILDUNG

Die österreichischen Volksgruppen haben ein Recht auf Bildung in ihrer Erstsprache. (...)

Auch im Bereich Medien, Digitalisierung und Kultur fehlen bisher ausreichende Angebote, die die völkerverbindende Rolle von Volksgruppen zum Ausdruck bringen. (...)

(Seite 95: Auszüge aus Kapitel „ 5.3.2 SCHULE“)

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ, DIGITALISIERUNG UND BILDUNG MITEINANDER VEREINEN

Eine digitale Zukunft setzt voraus, dass Digitalisierung und Künstliche Intelligenz auch im Bildungswesen fest verankert sind. Schulen sollen daher wichtige Kompetenzen für den verantwortungsvollen Umgang mit KI und digitalen Medien vermitteln, einschließlich ethischer Fragen. (...)

(Seite 106: Auszüge aus Kapitel „ 5.5.2 KULTUR“)

FILM UND MUSIK

Internationale Streaming-Plattformen sollen zu Investitionen in die österreichische Film- und Musikbranche verpflichtet werden. Eine solche „Investment Obligation“, die auf Basis der EU-Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste möglich ist und bereits in einigen EU-Ländern eingeführt wurde, ist vor dem Hintergrund der hohen Umsätze, die Plattformen wie Netflix, Amazon Prime oder Disney+ in Österreich erwirtschaften, ein faires Instrument, um die heimischen Film- und Musikschaffenden zu unterstützen. Internationale Beispiele zeigen, dass dadurch die Medienpluralität, der Wettbewerb, unabhängige Produzent:innen und Kreative nachhaltig gestärkt werden.

AUSBILDUNGS- UND NACHWUCHSOFFENSIVE IN FILM UND MUSIK

Unser Ziel ist es, eine musikwirtschaftliche Ausbildung auf Lehre- und Universitäts-Level zu etablieren. Zur besseren Förderung der nächsten Generationen von Musik- aber auch Filmschaffenden wollen wir daher in Zukunft relevante Universitäten, Fachhochschulen, Förderinstitutionen und den ORF deutlich stärker einbeziehen.

(Seite 111: Auszüge aus Kapitel „ 5.6.3 INKLUSION“)

BARRIEREFREIHEIT ERWEITERN

Barrierefreiheit ist essenziell für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (...). Doch trotz hoher öffentlicher Ausgaben aus Steuermitteln sind viele geförderte Projekte nicht barrierefrei. Das betrifft Wohnbau und Verkehr, aber auch Medien und Kultur. Förderungen müssen daher an Barrierefreiheit geknüpft werden. (...)